

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 27. Juni 2005 19.00 bis 21.10 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephanie, SP
Stähli Markus, SVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Gysel Hermann, EVP
Riesen Anton, FDP
Sedlmayer Katrin, SP
Streiff Marco, EVP

Gemeinderat Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Entschuldigt: Sommaruga Simonetta, SP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
a) Kommissionersatzwahlen	74
1. Gemeinderechnung 2004	
Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion	74
2. Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse	
Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten	80
3. Verwaltungsbericht 2004	
Genehmigung; alle Direktionen	82
4. Verschiedenes	88

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch zur letzten Sitzung vor der grossen Sommerpause.

Letzte Woche wurde uns ein Bericht der GPK über die Verwaltungsbesuche zugesandt. Im Gegensatz zur Praxis früherer Jahre liegt uns die Berichterstattung der GPK schriftlich vor. Er ist eine konzentrierte Form der über die Verwaltungsbesuche verfassten Protokolle. Weitere kurze Ausführungen werden uns die einzelnen GPK-Mitglieder vortragen. An dieser Stelle danke ich den GPK-Mitgliedern herzlich für ihre grosse Arbeit, denn aus eigener Erfahrung weiss ich, dass viele Stunden in diese Aufgabe investiert werden müssen.

Ebenfalls wurden uns letzte Woche vier Ersatzvorschläge für Schulkommissionsmitglieder zugestellt. Wir haben das Geschäft Kommissionsersatzwahlen nachtraktandiert.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 34 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig. Nach dem Appell treffen Herr Christian Burren und Frau Marlise Schörlin ein, so dass schliesslich 36 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

a) Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0511 Schulkommission für die örtlich zusammengeführte Primarstufe und Sekundarstufe I Spiegel: Haarmann Jürg, Erlenweg 12, 3095 Spiegel (parteilos / Sitzanspruch FDP), anstelle von Hablützel-Liechti Ursula, Spiegel, ab 1. August 2005
- 0512 Elternvertretung in der Primarschulkommission Köniz: Ferro Karin, Mösliweg 9, 3098 Köniz (parteilos) anstelle von Weiss Markus, Köniz, ab 1. August 2005
- 0513 Schulkommission für die Sekundarstufe I (5. bis 9. Schuljahr) Wabern: Lehmann-Zbären Cornelia, Looserstrasse 3, 3084 Wabern (SP), anstelle von Jungen Therese, Wabern, ab 1. August 2005
- 0514 Primarschulkommission Liebefeld: Mäder Adrian, Liebefeldstrasse 85, 3097 Liebefeld (parteilos / Sitzanspruch SP) anstelle von Waber Markus, Liebefeld, ab 1. August 2005

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

1. Gemeinderechnung 2004

Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Die Rechnung 2004 ist Tatsache. Ich danke, als Parlaments- wie auch als GPK-Mitglied, für die Vororientierungen zur Rechnung 2004, welche vorgängig der Parlamentssitzung stattgefunden haben - detailliert, wie bisher noch nie -. Richtig ist, dass das Resultat auch ohne Neubewertungen positiv ausgefallen wäre. Anlässlich der GPK-Sitzung stellten sich einige wenige Fragen, die eventuell auch euch interessieren könnten. In der Rechnung sind bei Über- oder Unterschreitungen des Budgets auch kleinere Posten, z.B. 18 Franken, aufgeführt. Das ist eine rein buchhalterische Sache und benötigt keine Begründung.

Der Gesamtaufwand bei der Polizeiabteilung konnte unterschritten werden. Der Tennisclub Köniz hat ein Darlehen in der Höhe von 100'000 Franken für eine Platzsanierung erhalten. Hierzu ist zu sagen, dass auch der Schulsport von dieser Anlage profitiert, weil dort Kurse stattfinden können. Nicht zuletzt dafür sind funktionsfähige Anlagen notwendig. Solche Darlehen sind gesichert. Vor allem bei etwas unklaren Rechtsformen eines Schuldners, wie dies z.B. bei Vereinen der Fall sein kann, erfolgt eine grundpfändliche Sicherstellung, sofern dies - wie beim Tennisclub - möglich ist.

"Unerhältliche periodische Steuern" sind nichts anderes als Steuererlasse, die gemäss gesetzlichen Vorgaben gewährt werden. Die Kürzung der Tagespauschalen bei den Asylsu-

chenden wird vom Kanton vorgegeben, die Gemeinde hält sich an diese Vorgaben und muss dementsprechend den Gürtel enger schnallen.

Wesentlich grössere Einnahmen sind bei der Position öffentliche Beleuchtung festzustellen; und zwar nicht etwa, weil die Beleuchtung früher abgestellt oder gar nicht eingeschaltet wird, sondern weil die Dienststelle viele Arbeiten für den Kanton - an Kantonsstrassen - erledigen konnte und entsprechende Einnahmen generierte.

Bei den Kreditüberschreitungen wurde im Bereich Unterhalt bemängelt, damit werde man immer wieder konfrontiert. Unter anderem liegt der Grund darin, dass bis anhin nicht klar zwischen Wertvermehrung und Unterhalt differenziert wurde. Diese Unklarheit wird nun entflochten, und nächstes Jahr wird die Rechnung etwas anders aussehen. Die GPK hat gewünscht, dass für den Unterhalt höhere Beträge budgetiert werden, aber wenn das Parlament dies ausdrücklich verlangt, kann in diesem Bereich weder der Gemeinderat noch das Parlament Kürzungen anbringen, wenn sich solche aufdrängen, um das Endresultat des Voranschlages zu beeinflussen.

Zur Revision: Die externe Revisionsstelle PWC (PriceWaterhouseCoopers AG) verfasste einen Bericht und erfüllte ihre Aufgabe somit gemäss Pflichtenheft. Für 2004 haben wir wieder einen Zusatzbericht des Finanzinspektorates erhalten, der für die GPK sehr wichtig ist, weil darin auch zwischen den Zeilen gelesen werden kann. Mit PWC sind wir etwas zufriedener als im letzten Jahr, aber noch nicht ganz so, wie wir es gerne sein möchten. Noch einmal besten Dank an das Finanzinspektorat für seine Erläuterungen. Im Jahr 2006 wird die Erneuerungswahl der Revisionsstelle fällig, und es wird an uns sein, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Ein kurzes Fazit: Mit der Rechnung 2004 sind wir auf Kurs, weil stets neue Aufgaben auftauchen, wird es aber immer wieder Stürme geben. Die einen Aufgaben wollen wir wahrnehmen: Neuzuziehende generieren zwar Steuereinnahmen generieren, verursachen aber auch Ausgaben. Über andere Aufgaben, wie Steuermindereinnahmen und feste Ausgaben, welche uns von Kanton oder Bund auferlegt werden, freuen wir uns nicht unbedingt. Ich stelle fest, dass wir einen Steuermann brauchen, der das Steuer fest in der Hand hält und unser Gemeindefschiff so navigiert, dass bei auftauchendem Sturm frühzeitig reagiert werden kann, um in der nächsten Zeit die Finanzen im Griff zu haben.

Herr Harald Henggi (FDP): Wie jedes Jahr zur Jahresmitte nehmen wir von der Rechnung des Vorjahres Kenntnis. Passend dazu ein Bericht der "NZZ" mit dem Titel "Jede Gemeinde und jedes Jahr ein Sonderfall". Meistens geht es dabei um die Erklärung von unvorhergesehenen Abweichungen zum Budget. Vor allem zwei Punkte sind anders als im letzten Jahr: Erstens bin ich auf das Traktandum 2 "Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse" gespannt und muss nicht fordern, dass Mitte Jahr etwas über die Rechnung des laufenden Jahres erklärt wird. Soweit die Vorschusslorbeeren fürs nächste Traktandum. Zweitens steht der GPK dieses Jahr wieder ein Erläuterungsbericht des Finanzinspektorates zur Verfügung, wofür ich danke. Wie bereits erwähnt wurde, kann die Zusammenarbeit zwischen interner und externer Revisionsstelle durchaus noch optimiert werden.

Die Gründe für den besseren Rechnungsabschluss gegenüber dem Voranschlag in der Höhe von knapp 1,3 Millionen Franken sind im Kommentar ausführlich erläutert und betreffen vor allem die Ertragsseite, was einmal mehr zeigt, dass die Aufwandseite besser geplant und im Griff gehalten werden kann. Die FDP-Fraktion verzichtet auch dieses Jahr auf eine Konten- und Diskussionsdetaildiskussion; wir halten fest, dass der Bilanzfehlbetrag in der Höhe von 7,8 Millionen Franken bis Ende 2008 abzutragen ist und hiezu noch einige Hausaufgaben zu erledigen sind. Der Gemeinderat will sich mit einer neuen Finanzstrategie mehr Raum schaffen. Ich weise darauf hin, dass mit der Ansiedelung von neuen Firmen auch neue Steuerzahler in Form von natürlichen Personen in der Gemeinde wohnen werden. Die Steuerbelastung gehört zu einem Gesamtpaket, das für Neuzuziehende attraktiv sein muss. Wir werden deshalb die künftige Entwicklung genau im Auge behalten und uns zu gegebener Zeit melden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Beschlussesentwurf des Gemeinderates voll und ganz.

Ich ergänze noch: Die Könizer Finanzsituation kann noch anders beleuchtet werden: Die Rechnung 2004 ist in den Kredit-Research der Zürcher Kantonalbank vom Mai 2005 eingeflossen. Erstmals wurde die "Stadt" Köniz - es werden Städte mit mehr als 30'000 Einwohnern berücksichtigt - in die Bonitätsbeurteilung aufgenommen. Wir sehen, dass Köniz mit einem

AA- recht gut dasteht und dasselbe Rating wie z.B. Bern und Biel hat. Die beste Stadt im Kanton Bern ist diesbezüglich Thun, schweizweit besser sind Aarau, Uster, Zürich und Lugano. Müssten wir öffentliche Anleihen aufnehmen, würden wir gut dastehen. Die Studie ist interessant und zeigt auf, dass wir initiativ sein und etwas für Köniz tun müssen.

Herr Valentin Lager (CVP): Ich nehme vorweg, dass die CVP/EVP/LdU-Fraktion der Rechnung 2004 zustimmen und die Nachkredite bewilligen wird. Wir haben die Rechnung 2004 eingehend studiert und diskutiert und möchten dankend die Präsentation von Ende Mai erwähnen, an welcher sie den Parlamentsmitgliedern verständlich und übersichtlich näher gebracht wurde.

Ich gehe auf einige Punkte näher ein: 2004 ist es gelungen, rund 1,5 Millionen Franken des Bilanzfehlbetrages abzubauen, das ist gut und trägt dazu bei, dass der Abbau wahrscheinlich innerhalb der vom Kanton geforderten acht Jahre vollzogen werden kann. Das gute Ergebnis konnte allerdings nur erreicht werden, weil die Gemeinde einen Teil ihres "Tafelsilbers" verscherbelte. Der Verkauf des Dreispitzareals bringt momentan jährlich 5 Millionen Franken ein, und durch den Übertrag von zwei Liegenschaften ins Finanzvermögen konnte die Rechnung ebenfalls verbessert werden. Fazit: Der Bilanzfehlbetrag kann so einfacher abgebaut werden, als mit effektiven Einsparungen, doch mahnen uns „ausserordentliche Erträge“ zugleich zur Vorsicht vor unnötigen Ausgaben.

Betrachten wir die Finanzkennzahlen, kommen wir zum gleichen Schluss: Diese sind momentan zufriedenstellend, um so mehr, als wir aus einer intensiven Investierungs- hinaus in eine Konsolidierungsphase gehen. Etwas Formelles: Herr Seewer hat uns anlässlich seines Referates im Mai erklärt, eine Gemeinde solle ihre Finanzplanung zweimal im Jahr rollend anpassen. In diesem Sinne waren wir etwas überrascht, als wir auf Seite 33 der Rechnung die Finanzplanung vom 8. September 2004 fanden. Wir danken dem Gemeinderat, wenn er die rollende Planung in Zukunft gemäss Aussage von Herrn Seewer zweimal jährlich anpasst und publiziert.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Gemeinde Köniz hat den Turnaround wahrscheinlich geschafft und blickt in eine bessere Zukunft, vorausgesetzt, wir lassen uns nicht blenden und werden nicht übermütig. In diesem Sinne unterstützen wir den Gemeinderat in seinem Ansinnen, sich noch nicht von eventuellen weiteren Steuereinnahmen eines grösseren Unternehmens im Telekommunikationssektor blenden zu lassen. Wir müssen uns weiterhin bei jedem Geschäft fragen, ob diese Ausgabe wirklich notwendig ist; Wünsche aus dem Bereich "nice to have" liegen momentan ganz sicher nicht drin. Die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Beschlussesentwurf zu.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Auch die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Rechnung 2004 zufrieden und wird dem Beschlussesentwurf zustimmen. Der Abschluss zeigt auf, dass der eingeschlagene Weg des Steuermanns und seiner Crew richtig ist. Der Bilanzfehlbetrag wird weiter abgebaut, und das Ziel des vollständigen Abbaus bis 2008 ist realistisch. Der Sach- und der Personalaufwand sind 2004 nicht gestiegen, und die Investitionen werden weiterhin auf tiefem Niveau gehalten. Sorgen macht uns der Einbruch - 4 Prozent weniger - bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, welche den Grossteil unserer Steuereinnahmen ausmachen - 39 Prozent - und somit eine sehr wichtige Einnahmequelle sind. Deshalb ist die Strategie der Exekutive richtig, mit neuen Überbauungen im Zentrum - Dreispitz, Neumatt, Rappentöri - zusätzliche Steuerzahlende zu gewinnen. Erfreulich ist, dass bei den juristischen Personen die Steuereinnahmen um 1 Prozent gestiegen sind; die Bemühungen des Gemeinderates, neue Firmen für die Gemeinde Köniz zu gewinnen, zeigen bereits erste Erfolge, schon bevor Swisscom-Mobile in unsere Gemeinde zieht.

Finanzpolitik ist langfristige Politik und kein Jo-Jo-Spiel. Das gute Ergebnis und der Zuzug der finanzkräftigen Firma Swisscom-Mobile dürfen nicht dazu verleiten, bereits jetzt von Steuer senkungen zu sprechen. Um den Bilanzfehlbetrag abzubauen, mussten sehr wichtige Projekte zurückgestellt und die Investitionen heruntergefahren werden. Unsere Gemeinde benötigt aber finanziellen Handlungsspielraum, damit jene Investitionen möglich werden, die zu einer attraktiven Gemeinde beitragen. Gerade im sozialen Bereich stehen wichtige Projekte an, z.B. der Ausbau der Schulsozialarbeit oder die Erhöhung der Betreuungsstunden bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, wo gerade ein Aufnahmestopp verfügt werden musste. Wir befinden uns hier zwar in guter Gesellschaft; das hilft aber keiner einzigen Familie weiter.

Die Attraktivität des Standortes Köniz hängt nicht nur von einem tiefen und stabilen Steuersatz ab, sondern von vielen anderen Faktoren, auch von Dienstleistungen im sozialen Bereich zu Gunsten der Bevölkerung. In diesem Sinne stimmt die SP/JUSO-Fraktion dem Rechnungsergebnis 2004 zu.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausgeglichene Rechnung. Es ist erfreulich, dass die Rechnung wesentlich besser als budgetiert ausfällt. Das gute Ergebnis ist jedoch nur dank ausserordentlichen Erträgen in der Höhe von 7,3 Millionen möglich, ohne sie wäre der Bilanzfehlbetrag um fast 6 Millionen Franken gestiegen. Auch mir liegt der Satz betreffend Verscherbeltung des Tafelsilbers auf der Zunge, ich wiederhole ihn jetzt nicht. Ausserordentliche Erträge und Aufwertungen sind irgendwann einmal ausgeschöpft; was ist dann? Aus diesem Grund ist es auch wichtig und richtig, dass die Ausgabenstrategie - Verzichtsplanung - vom Gemeinderat an die Hand genommen wird. Es heisst, Kurs halten, damit auch in Zukunft Spielraum vorhanden ist. Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Auch das Grüne Bündnis stimmt der Rechnung 2004 zu, und auch wir sind froh, dass der Bilanzfehlbetrag um 1,5 Millionen Franken reduziert werden konnte. Das gibt uns wieder Spielraum für künftige Generationen. Die Verscherbeltung des Tafelsilbers wurde bereits mehrmals erwähnt, und zu diesem Thema habe ich auf Seite 33 gesehen, dass in der Finanzplanung noch einmal 3 Millionen Franken *diverse Landgeschäfte* aufgeführt sind, um den Bilanzfehlbetrag bis ins Jahr 2009 ganz abzutragen. Soweit ich das verstehe, kann der Bilanzfehlbetrag nur dank diesem Ertrag abgetragen werden und hiezu haben wir einige Fragen. Was sind das für Landgeschäfte? Soll - um defizitfrei zu werden - noch mehr Tafelsilber verscherbelt werden? Wir vom Grünen Bündnis sind klar der Meinung, dass gemeindeeigenes Land in Zukunft nur noch im Baurecht abgegeben werden darf, damit für künftige Generationen noch Handlungsspielraum vorhanden ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die positive Aufnahme des Rechnungsergebnisses 2004 und auch für die positiven Rückmeldungen auf gewisse Massnahmen, welche ich veranlasst habe, die Veranstaltung vom 30. Mai 2005 wie auch die Orientierung der Delegation der GPK. Mein Fazit aus allen gehörten Voten: Diese decken sich weitgehend mit der Einschätzung des Gemeinderates, und ich erlaube mir - weil das Dossier Finanzen sehr wichtig ist - die Beurteilung des Gemeinderats über das Rechnungsergebnis 2004 in seinen wesentlichen Konturen noch einmal festzuhalten:

Richtig ist, dass das Rechnungsergebnis unter anderem dank einmaligen ausserordentlichen Erträgen verbessert werden konnte; anstatt Abschreibungen in der Höhe von 300'000 Franken, konnten solche in der Höhe von 1,56 Millionen gemacht werden. Beim Personalaufwand wurde eine Punktlandung möglich, wir liegen 0,16 Prozent oder 62'000 Franken besser als budgetiert, ein Indiz dafür, dass wir den Personalaufwand im Griff haben. Beim Sachaufwand liegt das Ergebnis 3,4 Prozent oder 790'000 Franken über dem Budget. Ich habe an der Präsentation vom 30. Mai im Detail erläutert, dass wir entsprechend mehr Erträge auf der Einnahmenseite in der Kontengruppe 43 Entgelt buchen konnten. Somit kann auch hier festgehalten werden: Die Entwicklung des Sachaufwandes verläuft in kontrollierten Bahnen. Negative Überraschungen bereitete uns die Kontengruppe 35; dieser Bereich enthält nicht beeinflussbare Beiträge, die eine Verschlechterung um 1,5 Millionen Franken ausmachten. Das ist vor allem im Bereich Finanzhaushaltsfonds des Kantons passiert und bei der Sozialhilfe, wo erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen sind. Unerwartet schlecht haben auch die Steuereinnahmen abgeschlossen, vor allem bei den natürlichen Personen. Teilweise konnte dies durch höhere Gewinn- und Kapitalsteuern bei den juristischen Personen - was erfreulich ist - aufgefangen werden. Somit resultierte in diesem Bereich eine Steuereinnahmeneinbusse in der Höhe von 4,2 Millionen. Als erfreuliche Komponente konnte davon Kenntnis genommen werden, dass bei den Vermögenserträgen und Entgelten Mehreinnahmen in der Höhe von 3,9 bzw. 3,7 Millionen erzielt werden konnten. Das ist zum Teil auf unsere Politik zurückzuführen und hat letztlich einen wesentlichen Beitrag zum positiven Rechnungsergebnis erbracht.

Zusammengefasst: Wir sind weiterhin auf Kurs - das wurde auch von euch so festgehalten - bei der Konsolidierung des Finanzhaushaltes, und der Abbau des Bilanzfehlbetrages schreitet voran. Wir konnten sogar etwas Rückstand aufholen, und positiv stimmt uns für die Zukunft, dass der Selbstfinanzierungsgrad seit zwei Jahren 100 Prozent und mehr beträgt. Der Selbst-

finanzierungsanteil steigt und - auch das ist sehr positiv - der Zinsbelastungs- und Kapitaldienstanteil sinkt. Diese vier Kennzahlen sind ganz wichtige Steuerungsgrössen, und ich versichere euch, dass diese für mich immer relevant sein werden. Positiv für die Zukunft ist auch, dass als Folge der reduzierten Investitionsausgaben in den letzten drei Jahren das Vermögen steigt und die Netto- und Bruttoverschuldung absolut und pro Kopf unserer Bevölkerung leicht rückläufig sind. Das ist gut, denn wir haben eine immer noch hohe Vermögensmasse in den Aktiven, aber auch relativ viel Fremdkapital, das uns zur Zeit noch nicht, "beisst", weil die Zinsen tief sind; dieser Zustand wird jedoch nicht ewig andauern. Vergleicht man die Ausgaben pro Einwohner unter den sechs grössten Städten im Kanton Bern, stehen wir mit dem Betrag von rund 4'660 Franken pro Kopf am besten da. Das ist ein Indiz dafür - mehr aber nicht - dass, im Vergleich mit den sechs grössten Städten des Kantons, unser Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung nicht überdimensioniert ist und wir effizient arbeiten. Wichtig scheint mir die Erkenntnis - die vom Gemeinderat geteilt wird -, dass der Weg zur Konsolidierung zwingend über eine vorübergehende Drosselung der Investitionen gehen muss, weil wir in diesem Bereich, das zeigt der Vergleich mit den sechs grössten Städten des Kantons auch, pro Kopf am meisten ausgeben, auch im Rechnungsjahr 2004 mit reduziertem Investitionsvolumen. Allerdings - das will ich einräumen - muss die Entwicklung unserer Gemeinde wirklich als Ganzes im Auge behalten und nicht einfach nur bei den Investitionen gedrosselt werden. Investitionen können wichtig für die Entwicklung der Gemeinde sein, auch das sieht der Gemeinderat ein und wird diesbezüglich im Rahmen der Finanzstrategie versuchen aufzuzeigen, dass rigoros Prioritäten gesetzt werden müssen. Es ist nicht nur die gemeinderätliche Auffassung, bei den Investitionen in jedem Fall und immer auf die Bremse zu stehen, sondern hier muss eine differenzierte Politik betrieben werden.

Sorgen auf dem Weg der Konsolidierung bereiten uns die Steigerungsraten bei den Transferzahlungen an Bund, Kanton und Gemeinden, die zu einem grossen Teil nicht beeinflussbar sind. Diesen Einflüssen sind wir ausgesetzt, und ich kann nicht dasselbe Bild aufzeichnen wie mein Vorgänger vor einem Jahr, weil sich die Situation im Bereich der Transferzahlungen noch nicht in dem Ausmass beruhigt hat wie von ihm vorausgesehen. Dasselbe gilt für die Steuererträge, denn mein Vorgänger war positiver gestimmt, als es das Rechnungsergebnis 2004 aufzeigt. Trotzdem gehen wir davon aus, dass auf der Basis der neuen Finanzstrategie, an welcher wir zur Zeit arbeiten, und mit der bisher gehandhabten Disziplin der Abbau des Bilanzfehlbetrages bis Ende 2008 erreicht wird.

Ich picke noch zwei Details aus euren Voten heraus: Erstens habe ich gehört, Valentin Lager, dass der Gemeinderat der Empfehlung von Herrn Seewer folgen und zweimal pro Jahr den Finanzplan à jour bringen soll. Das wird von mir zusammen mit der Finanzabteilung geprüft. Zweitens, Hans-Ulrich Pestalozzi: Bei den diversen Landverkäufen, die 2008 im Finanzplan enthalten sind, handelt es sich um verschiedene Terrains, bei welchen die Gemeinde zur Zeit daran ist, sie baureif vorzubereiten und einer Entwicklung durch Überbauungen zuzuführen. Ich gebe dir insofern Recht, als auch ich klarer Verfechter der Politik bin, Land im Baurecht abzugeben. Wir müssen aber das Sanierungsziel innerhalb der vom Gemeindegesetz vorgegebenen Frist erreichen, und wenn es nicht anders geht, werden wir unter Umständen gezwungen sein, das eine oder andere der Terrains, die jetzt marktfähig gemacht werden, im Eigentum abzugeben. Ich möchte dies wenn immer möglich verhindern, denn auch mir und dem Gemeinderat ist klar, dass es besser ist, Land im Baurecht abzugeben. Im Übrigen hatte ich den Eindruck, dass sich eure Beurteilung des Rechnungsergebnisses weitgehend mit jener des Gemeinderates deckt.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Ich schlage vor, auftauchende Fragen sofort durch die zuständigen Verantwortlichen beantworten zu lassen.

Seiten 1 bis 11, Vorbericht

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich habe eine Frage zu Seite 5, 46 Beiträge: Jeder von uns hat sein Rucksäcklein zu tragen, ich jenes betreffend Asylverfahren. Aus diesem Grund ist mir aufgestossen, dass die Gemeinde anscheinend Gewinn macht und dies wie folgt analysiert: "Entsprechend wurde der Bundesbeitrag gekürzt." Da Subventionen des Bundes, welche an den Kanton fliessen, über meinen Tisch gehen, sollte ich - so scheint die Meinung zu lauten - von allen Gemeinden wissen, ob sie Gewinn erzielen oder nicht und könnte dementsprechend

daran "schrauben". Weil es sich aber um ein paar Hundert Gemeinden handelt, welche Asylsuchende unterbringen und betreuen, stimmt diese These nicht. Nennen wir das Kind beim Namen: Wenn jemand daran "herumschraubt", ist es der Kanton. Ich kann euch lediglich sagen, dass von 2003 auf 2004 die Unterstützungs-, Unterbringungs- und Krankenkassenpauschale, die Beiträge an das Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm um 1,5 Prozent erhöht wurden und von 2004 auf 2005 nochmals um 1,9 Prozent.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir wollten mit dieser Feststellung sicher niemandem etwas unterstellen, und mir ist klar, dass du, Ignaz, die Situation bestens kennst. Zum Gewinnausweis auf Gemeindeebene: Dir ist sicher klar, wieviel Geld wir mit der Tages- und Unterbringungspauschale erhalten, und dass diese vom Kanton an die Gemeinden gekürzt wurden, ist dir auch bekannt. Folgedessen: Wenn wir hier noch Gewinn ausweisen können, dann deshalb, weil wir unser PAG optimal bewirtschaftet haben, aber es wird immer enger, und zwar wegen der Kürzungen des Kantons zu Lasten der Gemeinden.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Auf Seite 11 stellt sich mir im Beschlussesentwurf, Punkt 5 2. d) Übrige Abschreibungen, Kehrlichfahrzeuge, eine Frage: Ich möchte gerne wissen, weshalb das Parlament einen Nachkredit für eine Abschreibung bewilligen muss.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Diese Abschreibung betrifft die Spezialfinanzierung Abfall. Wenn immer möglich, werden Kehrlichfahrzeuge gekauft und gleich abgeschrieben. Das ist ein idealer Zustand, weil diese Fahrzeuge einem hohen Verschleiss unterliegen und in relativ kurzer Zeit wieder ersetzt werden müssen.

Seiten 116 bis 123, Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Hans-Ueli Pestalozzi (GB): Mir ist auf Seite 117 die Rubrik 217 Friedhofverwaltung, Aufwand in der Höhe von rund 1,2 Millionen Franken aufgefallen, der im Verwaltungsbericht dahingehend begründet wird, dass die Friedhöfe zuweilen Anlass zu persönlicher Besinnung geben und dies den finanziellen Aufwand rechtfertige. Ich finde Besinnung an und für sich sehr gut, frage mich aber, ob uns dies wirklich 1,2 Millionen Franken wert sein soll. Die Ausgaben für Kultur bewegen sich in einem etwa gleichen Rahmen. Wir vom Grünen Bündnis werden für diesen Punkt in der nächsten Budgetdebatte eine Korrektur fordern.

Einstimmig bzw. mit grossem Mehr (Ziffer 2d) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt Kenntnis

- a) von der Rechnung 2004, die vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'589'085.78 abschliesst.**
- b) von der gesetzlichen Pflicht, dass ein Ertragsüberschuss zur Abschreibung des vorhandenen Bilanzfehlbetrages verwendet werden muss.**

2. Das Parlament

- a) beschliesst den Übertrag der Liegenschaften Sonnenweg 17 und Könizstrasse 295 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.**
- b) genehmigt das Rechnungsergebnis 2004, welches bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 179'765'598.57 ausgeglichen abschliesst.**
- c) genehmigt die per 31. Dezember 2004 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 240'154'963.70 abschliessende Bestandesrechnung.**
- d) bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2004**

Konto Nr.	Bezeichnung	Betrag in Fr.
172.332.00	Übrige Abschreibungen	300'000.00
173.332.76	Übrige Abschreibungen Kehrlichfahrzeuge	255'265.45
385.314.14/70	Baul. Unterhalt und kleinere Erneuerungen der Schulanlagen und Gebäude durch Dritte	254'360.15
520.314.71/72	Baul. Unterhalt der Leitungen, Pumpwerke und Reservoirs durch Dritte	287'083.40
	Total	1'096'709.00

2. Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse

Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich orientiere euch auf Wunsch der Parlamentspräsidentin und weil dies von verschiedenen Parlamentsmitgliedern bereits früher gewünscht wurde. Die Hochrechnung basiert einerseits auf den effektiv per 23. Juni 2005 vorgenommenen Buchungen der Ausgaben, andererseits aber auch auf Annahmen und Vorhersagen. Würde man nur die gebuchten Aufwendungen berücksichtigen, entstünde ein ganz falsches Bild des Zwischenabschlusses, das Resultat wäre trügerisch. Ich gebe euch zwei Beispiele dafür: Beim Sachaufwand sind 23,8 Millionen Franken budgetiert, ausgegeben haben wir im ersten Halbjahr lediglich 30,85 Prozent, d.h. das Bild wäre allzu optimistisch. Erfahrungsgemäss - das zeigt der Blick auf andere Jahre - werden in der Regel im zweiten Halbjahr auf sehr vielen Konten Ausgaben getätigt. Wir sind mit unserer Hochrechnung vorsichtig und nehmen an, dass die budgetierten 23,8 Millionen Franken beim Sachaufwand auch dieses Jahr benötigt werden. Das zweite Beispiel sind die Investitionen mit netto budgetierten 13,6 Millionen Franken; effektiv ausgegeben sind bis Mitte Jahr aber lediglich 14 Prozent oder 1,9 Millionen Franken. Auch hier zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass es falsch wäre, die sehr bescheidene Quote als Grundlage für das ganze Jahr zu nehmen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass im ersten Halbjahr in der Regel zunächst Rückstellungen, welche Ende des letzten Jahres für angefangene Arbeiten gebildet wurden, aufgebraucht werden und in der zweiten Jahreshälfte die Investitionsfaktoren noch stark ansteigen werden. Soweit meine einleitenden Bemerkungen; diesen könnt ihr entnehmen, dass es angesichts des geringen Realisierungsgrades der budgetierten Ausgaben weiterhin eine Hochrechnung ist und ich deutliche Vorbehalte machen muss.

Gemäss der Hochrechnung wird die Rechnung 2005 ausgeglichen abschliessen, bei allerdings lediglich 47'000 Franken, die vom Bilanzfehlbetrag abgeschrieben werden können. Budgetiert wäre jedoch, den Bilanzfehlbetrag mit 1,158 Millionen Franken abzuschreiben. Somit wird gemäss Hochrechnung das Rechnungsergebnis 2005 mit 1,111 Millionen Franken schlechter ausfallen als budgetiert. Ich gehe die grossen Positionen durch, um euch dieses Ergebnis genauer erläutern zu können:

Beim Personalaufwand haben wir Mitte Jahr mit dem Anteil 13. Monatslohn 50,39 Prozent des Budgets gebucht. Das führt zu einer Budgetüberschreitung von 347'000 Franken; diese Überschreitung ist der Hochrechnung zu Grunde gelegt, aber ich weise darauf hin, dass sich Mitte letzten Jahres dasselbe Phänomen zeigte, wir Ende Jahr aber die heute von mir bereits beschriebene Punktlandung mit einer leichten Verbesserung um 62'000 Franken gegenüber dem Budget hatten. Ich bin an sich zuversichtlich, dass wir entsprechende Korrekturen haben werden; erste Analysen zeigen dies bereits, denn gewisse fixe Entschädigungen werden in aller Regel im ersten Halbjahr ausbezahlt.

Beim Sachaufwand haben wir, wie bereits erwähnt, 30,85 Prozent gebucht und gehen davon aus, dass bis Ende Jahr - gestützt auf Erfahrungen - der budgetierte Sachaufwand von 23,8 Millionen Franken ausgegeben wird.

Bei den Passivzinsen haben uns die günstige Zinsentwicklung und die Möglichkeit, gewisse Darlehen zu besseren Konditionen zu konvertieren, erlaubt, bei der Hochrechnung anzunehmen, dass wir 125'000 Franken weniger ausgeben werden, anstatt 6,678 Millionen Franken 6,553 Millionen Franken. Gebucht sind hier vorläufig lediglich 5 Prozent des Aufwandes.

Bei den Abschreibungen gehen wir - wie bereits ausgeführt - bei den Investitionen davon aus, dass alle wie budgetiert ausgeführt werden können, was zu entsprechenden Abschreibungen führt. Bei den Entschädigungen rechnen wir mit einem Mehraufwand von rund 550'000 Franken, was darauf zurückzuführen ist, dass der Gemeindeanteil am Lastenausgleich der Sozialhilfe und die Beiträge an die Lehrerbessoldungen höher ausfallen werden. Hier wissen wir genug, um die rund 550'000 Franken Mehrausgaben zusätzlich einzurechnen. Wir rechnen in dieser Kontengruppe mit Gesamtaufwendungen in der Höhe von 28,4 Millionen Franken. In weiten Teilen der Entschädigungen können wir noch nicht abschliessend beurteilen, wo wir landen werden.

Bei den Beiträgen - auch eine wichtige Kontengruppe - rechnen wir einem Mehraufwand von rund 70'000 Franken. Das ist bei budgetierten 58 Millionen Franken eine kleine Differenz, die darauf zurückzuführen ist, dass wir zu zahlreichen Positionen dieser Kontengruppe, bei den

Gemeindeanteilen AHV, IV und EL die Abrechnung erhalten haben, welche per Saldo mit 70'000 Franken besser abschliesst.

Bei den Einlagen in Spezialfinanzierungen, interne Verrechnungen, haben wir für die Hochrechnung das Budget zu Grunde gelegt.

Somit komme ich zu den Erträgen. Bei den Steuereinnahmen zeigt das Bild der ersten Steuer-rate, dass kein Trend zu steuerlichen Mehreinnahmen herrscht. Dem Vorsichtsprinzip folgend, haben wir deshalb noch nicht zuviel interpretiert, denn namentlich bei guten Steuerzahlern ist die Steuererklärung noch nicht Basis für die erste Steuerrate, weil sie etwas später eingereicht wird. Wir können aus dem Ergebnis der ersten Steuerrate nicht ableiten, dass mehr Steuereinnahmen generiert werden können; wir nehmen an, die budgetierten Erträge zu erreichen, was vielleicht etwas optimistisch ist. Bei den Sonderveranlagungen haben wir eine Reduktion von 0,4 Millionen Franken berücksichtigt, weil Ende 2004 ein Grossratsbeschluss gefasst wurde, der die Situation vermutlich um diesen Betrag verschlechtern wird. Die Veränderung im Steuergesetz zeigt bereits Wirkung im Jahr 2005.

Alle anderen Einnahmeprognosen basieren Mitte Jahr im Grossen und Ganzen noch auf dem Budget 2005. Ich versuche ein Fazit aus dem heute Präsentierten zu ziehen: Wir werden gemäss Hochrechnung mit einem Ergebnis abschliessen, das um rund 1,1 Millionen schlechter ist und 0,3 Prozent neben dem Budget liegt, also weniger als 1 Prozent. Die Hochrechnung basiert zu grossen Teilen auf noch unsicheren Grundlagen, und es gibt zahlreiche Effekte, die das Ergebnis bis Ende Jahr beeinflussen können. Die effektive Rechnung kann deshalb schlechter oder besser ausfallen als die Hochrechnung. Bisher konnten aber, abgesehen von den bereits beschriebenen Veränderungen, welche ich nicht als erheblich bezeichne, keine gravierenden Ergebnisverschlechterungen oder gar -verbesserungen registriert werden. Das war mein kurzer mündlicher Bericht zu dieser Hochrechnung. Wir haben uns intensiv bemüht, etwas Aussagekräftiges zu präsentieren. Ich verhehle nicht, dass ich mir Mitte Jahr eine sicherere Hochrechnung gewünscht hätte, aber das ist - ich musste dies zur Kenntnis nehmen - im öffentlichen Haushalt so; ganz anders als in vielen KMU, wo Aufwand und Ertrag fortlaufend im Auge behalten und beurteilt werden können. Ich hoffe jedoch, die Zwischenorientierung sei brauchbar und bin gespannt, was ihr daraus machen werdet und auf eure Beurteilung. Wir werden sicher in der GPK Gelegenheit haben, darüber vertieft zu diskutieren, und ich bin offen für eure Wünsche.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle eine Frage zu den Einnahmen: Du hast gesagt, Luc Mentha, ihr geht vom Budget aus und die Steuereinnahmen bleiben gleich. Gleichzeitig hast du aber erklärt, diese Annahme sei etwas optimistisch, also geht ihr von einer rückläufigen Entwicklung aus. Habe ich das richtig interpretiert?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Budget geht davon aus, dass wir höhere Steuererträge generieren werden als im Vorjahr; das Ergebnis der ersten Rate zeigt jedoch, dass dem nicht so ist. Vielleicht retten uns aber die juristischen Personen, und vielleicht gibt es gewisse Effekte, die wir bei der Analyse des Rechnungsergebnisses 2004 zu erkennen geglaubt haben, einmalige Sachen, die dieses Jahr nicht eintreten werden. Das sehen wir heute aber noch zu wenig, und deshalb habe ich etwas optimistisch angenommen, dass wir den budgetierten Steuerertrag erreichen werden. Ist dem nicht so, sieht die Rechnung entsprechend schlechter aus.

Herr Harald Henggi (FDP): Luc Mentha, ich danke dir herzlich für dein Votum, denn die Forderung nach einem Zwischenbericht habe ich in den letzten fünf Jahren immer wieder gestellt. Ich weiss auch, dass es im öffentlichen Haushalt schwieriger ist als sonst in einer Firma, Mitte Jahr sichere Zahlen aufzuzeigen. Eine Hochrechnung ist und bleibt eine Hochrechnung, mit allen Vorbehalten; eine Schätzung auf Ende Jahr, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben nun diese Hochrechnung per Mitte Jahr, vielleicht kann uns im Herbst ein neuer Zwischenbericht vorgelegt werden, damit wir während des Jahres ungefähr darüber im Bild sind, wohin das Schiff fährt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ihr könnt davon ausgehen, dass wir bei der Budgetpräsentation die Zahlen der Rechnung 2005 à jour bringen werden.

3. Verwaltungsbericht 2004

Genehmigung; alle Direktionen

Die Parlamentspräsidentin: Eintreten ist bei diesem Geschäft obligatorisch. Wir behandeln den Bericht kapitelweise, ab Kapitel V werden die jeweiligen GPK-Sprechenden ihre Beurteilung abgeben. Fragen können direkt nach jedem Bericht gestellt werden. Die Broschüre Köniz in Zahlen und das Stellenverzeichnis behandeln wir zum Schluss. Falls im Verwaltungsbericht Fragen auftauchen, die im Zusammenhang mit diesen beiden Berichten stehen, ist eine Mischung selbstverständlich möglich.

Präsidial- und Finanzdirektion

Her Markus Stähli (GPK-Sprecher): Ihr habt die Unterlagen schriftlich erhalten, und deshalb soll meine Erläuterung kurz sein. Im letzten Jahr waren der Umzug ins neue Gemeindehaus Bläuacker und der Wechsel vom Gemeindeschreiber zur Gemeindeschreiberin die wichtigsten Ereignisse. Ebenfalls musste die Leitung des Rechtsdienstes neu besetzt werden, was mit Kosten für eine externe Beurteilung der Bewerbungen verbunden war, die aber im Rahmen blieben. Weil Kaderstellen nicht oft besetzt werden müssen, liess man sich in dieser Hinsicht beraten. Aufgefallen sind Mobiliarkosten in der Höhe von 10'000 Franken, an und für sich wenig, aber es wurden noch weitere Ausgaben - immerhin im üblichen Rahmen - in Aussicht gestellt. Dies sollte beim gesamten Sachaufwand nicht zu Mehrausgaben führen, wird doch versucht, die Mehrausgaben für Mobiliar mit anderen Aufwendungen zu kompensieren.

Die Anschlussbereitschaft ans Informatikzentrum Köniz-Muri ist zurückgegangen, und die GPK erkundigte sich, weshalb dies so sei. Zum Jahrtausendwechsel wurde überall neue Software angeschafft, und nun herrscht einigermassen Stillstand. Das IZ will nicht noch mehr expandieren, weil Expansion immer auch mit Kosten verbunden ist. Die Hotline wird jeden Tag von 07.30 bis 17.30 Uhr bedient.

Personalabteilung: Was passiert betreffend Frühpensionierung? Uns wurde versprochen, dass uns noch 2005 eine neue Vorlage präsentiert wird, damit die Frühpensionierung per 1. Januar 2006 in Kraft treten kann.

Liegenschaftsverwaltung: Der Rückgang der Schlichtungsverhandlungen des Mietamtes führt nicht unbedingt zu weniger Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden, denn die Haupttätigkeiten des Mietamtes sind Beratungen und inoffizielle Schlichtungen. Die Verkaufsbemühungen für die Liegenschaft Feldackerstrasse 58, Oberwangen, führten bis jetzt zu keinem Erfolg. Der Gemeinderat hat - wie zu lesen ist - ein Immobilienbüro beauftragt, den Verkauf voranzutreiben.

Finanzabteilung: Diese Abteilung ist für die Gemeindeverwaltung sehr wichtig, aber gerade hier wurden 400 Stellenprozente abgeschafft, indem Abgänge nicht ersetzt wurden. Weshalb funktioniert die Abteilung trotzdem? Durch Einsparungen wegen der EDV und mit einem gut ausgebildeten und erfahrenen Team war einiges möglich, die Finanzabteilung läuft aber "auf dem letzten Zacken", und wenn sie neue Aufgaben zu übernehmen hat, müssen Stellenprozente wieder aktiviert werden.

Was bedeutet die Zunahme der Steuererlassgesuche um 50 Prozent? Die Zahlen zum Vorjahr sind nur bedingt vergleichbar, denn die Gesuche werden neu vom Kanton beurteilt.

Das Finanzinspektorat hat mit seinem Erläuterungsbericht zur Rechnungsprüfung sehr gute Arbeit geleistet. Festzuhalten ist, dass die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung überprüft wird.

Zuletzt danken wir speziell den direkt betroffenen Personen für die zusätzliche Arbeit, die sie wegen der personellen Wechsel von Gemeindepräsident, Gemeindeschreiber, Leitung Rechtsdienst und Sekretariat Gemeindepräsidium/Gemeindeschreiber zu leisten hatten.

Herr Martin Graber (SP): Die Gemeinde Köniz verfügt über gutes Personal. Insgesamt arbeiten 398 Personen (3'220 Stellenprozente) für die Gemeinde. Die Stadt Bern schuf in den letzten drei Jahren 255 neue Stellen, zum Teil eine Folge der Einführung der neuen Stadtverwaltung Bern. Ich bitte den Gemeinderat, dafür Sorge zu tragen, dass solches in unserer Gemeinde nicht passiert.

Direktion Planung, Umwelt und Verkehr (PLUV)

Herr Peter Antenen (SP), in Vertretung von Katrin Sedlmayer (SP, GPK-Sprecherin): Da ich beim Verwaltungsbesuch nicht dabei war, bin ich nicht so gut orientiert wie Katrin und habe lediglich ihren Bericht zur Hand: Beim Verwaltungsbesuch beschränkte man sich auf die Teilrevision der Ortsplanung. Die Ortsplanrevision wird in Angriff genommen. Man beabsichtigt neu, Weilerzonen zu schaffen, in der Gemeinde Köniz aber nur sehr beschränkt. Im Gebiet Wangental-Ried ist ein Teilgebiet mit einem Baustopp belegt, der Ende 2006 ausläuft, und der Überbauungsordnungs-Plan soll an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Die öV-Erschliessung Bern-West wird in der Regionalen Verkehrskonferenz diskutiert. Die Sofortmassnahmen für die Sanierung der Freiburgstrasse wurden ausgeführt, jedoch wegen fehlendem Land nicht ganz wie gewünscht.

Direktion Soziales, Gesundheit und Schule (SGS)

Herr Harald Henggi (FDP, GPK-Sprecher): Meinem zusammengefassten Bericht, der sich der wichtigsten Themen annimmt, ist nichts beizufügen. Im ersten Absatz ist ersichtlich, wie die Kommission für soziale Fragen (KsF) erstmals einbezogen wurde. Die SGS wurde eingehend geprüft, insgesamt wurden 15 Seiten Protokoll erstellt. Ich danke den Abteilungsleitern, dass sie sich dem Prozedere so gestellt haben, und für ihre Bereitschaft, die Fragen eingehend zu beantworten und - wenn nötig - Antworten nachzuliefern. Gleichzeitig danke ich den Mitarbeitenden für die von ihnen geleistete grosse Arbeit.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich nehme den Dank gerne entgegen und werde ihn weiterleiten. Tatsächlich ergab sich durch die Schaffung der KsF etwas Mehraufwand, die Kommunikation war jedoch offen und gut.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich habe keine Frage, sondern eine spezielle Bemerkung zu einem Satz, der - endlich - nicht mehr im Bericht enthalten ist. Schon fast paranoid suchte ich den immer gleichlautenden Satz, der aussagt, das Ziel, arbeitslosen Ausgesteuerten mittels Beschäftigungsprogrammen - finanziert durch Kanton und Gemeinde - wieder Anspruchsbe-rechtigung in der Arbeitslosenkasse zu ermöglichen, sei in so und so vielen Fällen erreicht worden. Dieser Satz fehlt nun, herzlichen Dank, Ueli Studer. Wie ich letzten Montag der Presse entnehmen konnte, ist die Gemeinde Köniz im Bereich der Sozialpolitik sehr weitsich-tig und verfolgt eine gute Strategie. Mit dem Bericht betreffend NAK (Neue Arbeitsplätze Kö-niz) hat unsere Gemeinde bewiesen, dass sie sich nicht von kurzfristigen Finanzziele leiten lässt, sondern bestrebt ist, eine sinnvolle und intelligente Politik für Erwerbslose zu betreiben. Enttäuschend - aber nicht überraschend - ist, dass der Kanton Bern das Projekt NAK, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht mehr unterstützt.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich gehe mit dir einig, dass es falsch ist, arbeitslose Ausgesteuerte vom einen ins andere Kässeli zu verschieben. Ich habe ein paar Punkte, wel-che ich mit dir - als Kadermann des seco - gerne unter vier Augen besprechen würde.

Direktion Gemeindebauten (GBau)

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Wir haben beim Verwaltungsbesuch sehr aufgestellte Mitarbei-tende und deren Direktionsleiterin angetroffen. Ich danke für das offene Gespräch. Aus dem Bericht erläutere ich die aus meiner Sicht wichtigen Punkte. Dazu gehört die etwas ausserge-wöhnliche Führungsstruktur, die in Form einer Co-Leitung auf drei Personen verteilt ist. Mehr-heitlich wird Projektarbeit geleistet, und die Aufteilung der Ressorts ist klar. Mir scheint das Zusammenspiel der Co-Leiter zu funktionieren, der Austausch ist der Sache förderlich und wird nur dort betrieben, wo dies nötig ist. Das Feedback der Kunden - die anderen Direktionen der Gemeindeverwaltung - ist gut, und ich hoffe, das bleibe so. Wichtig war der Bezug des neuen Gemeindehauses Bläuacker. Wie immer bei solchen Projekten, gibt es überall noch Verbesserungen anzubringen. Dies wird vom entsprechenden Projektleiter weiterhin betreut und koordiniert, was mir sehr wertvoll erscheint. Das Schulhaus Halten in Niederscherli ist nun bezugsbereit, und nach den Sommerferien 2005 soll der Schulbetrieb los gehen. Betreffend Unterhalt wurde mir versprochen, dass keine Unterhaltsarbeiten gestrichen wurden, die gros-se Folgekosten verursachen könnten, indem wegen schlechten Unterhalts die Bausubstanz leiden würde. Das Budget wurde zu tief angesetzt, und die Folge sind mehrere Nachkredite. Damit aber Folgeschäden vermieden werden, sind die wichtigsten Arbeiten trotzdem ausge-führt worden.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich gebe den Dank gerne weiter. Das Gespräch war gut, und die Besuche sind für mich sehr positiv, ich wünsche mir solche auch während des Jahres.

Direktion Gemeindebetriebe (GBet)

Herr Urs Maibach (GB; GPK-Sprecher): Auch wir wurden bei der Direktion Gemeindebetriebe ausserordentlich gut aufgenommen, und die Fragen wurden ausnahmslos kompetent beantwortet. Die Gemeindebetriebe werden in der Regel nur dann wahrgenommen, wenn die Ver- oder Entsorgung nicht funktioniert. Am PlatzDasFest hatte diese Abteilung Gelegenheit, der Öffentlichkeit einen Einblick in ihre Arbeit zu geben, und das Interesse war sehr gross. Die Rechnung der Wasserversorgung weist erstmals einen Verlust aus, und die Abwasserentsorgung schliesst nur dank einer Aufwertung der Kapitalbeteiligung an der ARA Region Bern positiv ab. Die letzten Gebührenanpassungen datieren aus dem Jahr 1992, neu hinzu gekommene Kosten, wie Abgaben für kantonale Ausgleichsfonds, Mehrwertsteuer, Mieten oder Baurechtszinsen für den Werkhof, sind bis anhin nicht auf die Preise überwält worden. Der Dekungsgrad insbesondere der Abwasserentsorgung ist seit Jahren sehr tief, trotzdem wurde die kürzlich eingeführte Abwassergrundgebühr mit der Reduktion des Kubikmeterpreises kompensiert und damit die neue Tarifstruktur ergebnisneutral eingeführt. Nun, ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Tarife, haben wir klare Kalkulationsgrundlagen, und die Erhöhung der Kostendeckung wird in der nächsten Legislatur ein Thema sein.

Uns wird in der nächsten Zeit das Projekt AQUABERN beschäftigen. Mit der Unterstützung des kantonalen Wasser- und Energiewirtschaftsamtes Bern wurde die einfache Gesellschaft AQUABERN gegründet. In einem ersten Schritt wird es nun darum gehen, eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur und der Kapazitäten der Region vorzunehmen. Anschliessend soll auf Grund des künftigen Bedarfes ein Plan zur Optimierung der regionalen Wasserversorgung erstellt werden. Die Umsetzung der Optimierungsmöglichkeiten wird aber einen grösseren Zeitrahmen benötigen; und es geht jetzt nicht darum, sofort und konsequent unrentable Anlagen stillzulegen, sondern Entscheidungsgrundlagen zur Hand zu haben, ob eine Sanierung oder Netzverbindungen mit anderen Wasserversorgungen angestrebt werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist sicher der kürzlich erfolgte Kauf des Selhofenzopfers ein strategisch wichtiger Punkt, erhöht dieser doch die Aussicht auf eine bedürfnisgerechte Konzessionserneuerung. Vor allem gibt dieser Landkauf der Wasserversorgung Köniz im Verhältnis aller Wasserversorgungen enorm viel Gewicht.

Die ungenügende Integration der Gebührensoftware EASy in die Gemeindeapplikation stellt nach wie vor eine Belastung dar. Diese zeigt sich vor allem in Schnittstellenproblemen zwischen der Gebührensoftware EASy und den zentralen Applikationen Adressverwaltung und Finanzbuchhaltung, denn bei grossen Datenmengen kann es vorkommen, dass einzelne Datensätze nicht richtig übergeben werden und manuell korrigiert werden müssen. Der Haupt Handlungsbedarf liegt klar beim IZ und den Hard- und Softwareanbietern. Dieser Punkt muss nun unbedingt prioritär behandelt werden.

Zusammenfassend: Ich habe eine sehr gut geführte Direktion angetroffen, mit motivierten und fachkundigen Mitarbeitenden, die sehr gute Arbeit leisten.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich danke Urs Maibach bestens für die Präsentation und werde den Dank an meine Mitarbeitenden weiterleiten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zu den EDV-Problemen der Gebührensoftware habe ich einige Bemerkungen anzubringen. Ich war an der GPK-Sitzung nicht dabei, empfehle aber, wenn das Gefühl vorhanden ist, hier bestehe Handlungsbedarf, das Thema wieder aufzunehmen, wenn ich und eine Vertretung des IZ anwesend sind. Dieser Grundsatz wurde beim Besuch meiner Direktion nicht behandelt, und wenn der Gotthelfsche Satz "man muss sie hören alle bede" angewendet wird, sieht die Sache vielleicht etwas anders aus. Ich erkläre hier aber, dass das IZ der EASy-Applikation die notwendige Beachtung schenkt, ein Mitarbeiter arbeitet zu 90 Prozent in Köniz und Muri daran und steht für nichts anderes zur Verfügung. Tatsächlich bestehen Fehler in der Schnittstelle zwischen der EASy-Applikation und der Adressdatei von GemoWin. Mitte Juni wurde genau festgestellt, wo die Fehlerstelle liegt, und die nötigen Arbeiten wurden der Firma Dialog zugewiesen. Bis zum nächsten grossen Rechnungsversand sollten die Probleme behoben sein. Im Jahr 2004 handelte es sich um ca. 10 von 5'000 Rechnungen, die Fehler enthielten. Bei solchen Rechnungsläufen muss immer ein manueller Check

erfolgen, es wird nie möglich sein, so grosse Rechnungsversände ohne Plausibilitätsüberprüfungen und gewisse manuelle Kontrollen durchzuführen. Das IZ nimmt die Aufgabe Ernst, und ich bin gerne bereit, der GPK nähere Informationen zu geben.

Polizeidirektion (POL)

Herr Peter Antenen (SP, GPK-Sprecher): Beim Verwaltungsbesuch bei der Polizeidirektion beschränkte man sich schwergewichtig auf die personelle Situation und auf die Frage, wie sich der Wunsch der Bevölkerung nach verstärktem Polizeieinsatz auswirkt. Die Amts- und Vollzugshilfe hat zugenommen, und die Gemeindepolizei Köniz ist seit einiger Zeit auch in Kehrsatz tätig. Die ad interim-Lösung mit der Abteilungsleitung ist gut und funktioniert, indem verschiedene Dienstzweigleiter sowie der Leiter der Gemeindepolizei selber gewisse Aufgaben übernommen haben. Das führt jedoch logischerweise zu einer Mehrbelastung dieser Personen. Der Personalbestand der Gemeindepolizei ist am unteren Limit des Notwendigen. Nur durch interne Umorganisationen ist es möglich, Personen für die nötigen Kontrollen des ruhenden Verkehrs - blaue Zonen usw. - zur Verfügung zu stellen. Wegen dem erforderlichen immer mehr polizeilichen Interventionen ist die Gemeindepolizei aber stark gefordert und der Personalbestand eher unterdotiert. In Kehrsatz leistet unsere Polizei gute Arbeit, dieser Vertrag bewährt sich, und die Aufgaben werden zur Zufriedenheit der Gemeinde Kehrsatz erfüllt. Die Amts- und Vollzugshilfe kann nicht beeinflusst werden; diese Aufgaben werden der Gemeindepolizei gestützt auf die kantonale Gesetzgebung von andern Amtstellen (Gerichte usw.) zugewiesen, und die Einsätze nehmen laufend zu. Immer wieder ist die Gemeindepolizei auch bei Verkehrsproblemen an Baustellen gefragt; auch dieser gesetzliche Auftrag muss erfüllt werden. Die Einwohnerdienste sind seit Dezember 2004 neu im Gemeindehaus Bläuacker und personell gut dotiert. Näher betrachtet haben wir auch, womit sich die Lebensmittelkontrolle befasst. In der Gemeinde Köniz wird in diesem Bereich streng kontrolliert. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Polizeiabteilung kann als sehr gut bezeichnet werden. Wir wurden bei unserem Verwaltungsbesuch freundlich aufgenommen, wofür ich danke.

An dieser Stelle danke ich als GPK-Präsident dafür, dass meine Kolleginnen und Kollegen bei allen Direktionen gut empfangen worden sind und überall kompetente Auskünfte erhielten.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke Peter Antenen für den Verwaltungsbesuch, für die Berichterstattung und die Würdigung der Arbeit der Polizeiabteilung. Seinen Dank werde ich gerne an die Abteilung weiterleiten.

Herr Beat Deuber (SP): Der Stundenansatz von 80 Franken, welcher der Gemeinde Kehrsatz für Polizeieinsätze verrechnet wird, scheint mir etwas tief zu sein. Handelt es sich allenfalls um einen Schreibfehler?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Wir verrechnen tatsächlich einen Stundenansatz von 80 Franken.

Herr Beat Deuber (SP): Wie hoch sind unsere effektiven Kosten?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Der Ansatz von 80 Franken deckt sie.

Direktion Bevölkerungsschutz (BeVS)

Herr Daniel Krebs (SVP, GPK-Sprecher): Den Verwaltungsbesuch bei der Direktion Bevölkerungsschutz machte ich zusammen mit Peter Antenen. Zuerst liessen wir uns eingehend über den Zivilschutz informieren. Seit der Armeereform werden Zivilschutzpflichtige im Ausbildungszentrum Sumiswald rekrutiert, das über grosse Erfahrung verfügt. Die Rekrutierung erfolgt heute viel professioneller als früher. Der erste Ausbildungsblock ist für alle gleich, dauert drei Tage und wird besoldet. Vom Ausbildungszentrum Sumiswald profitieren die Kantone Bern, Jura und Wallis. Personen, welche sich weder für das Militär noch für den Zivilschutz eignen, kommen in die Reserve. Die Zivilschutzorganisation Köniz verfügt zur Zeit über einen Bestand von 230 Pflichtigen. Auf unsere Frage, ob in Köniz in Zukunft keine militärischen Übernachtungen mehr stattfinden werden, wurde geantwortet, die Armee stelle zu hohe Anforderungen an Unterkünfte, und der Standard bei uns sei nicht ideal. Nun seien die entsprechenden Verträge von Seiten des Bundes gekündigt worden.

Feuerwehr: Personal für den Stützpunktzug zu finden, ist immer noch schwierig. Der Stützpunktzug ist aktiv am Rekrutieren und hofft, dass jene jungen Feuerwehrleute, die beim Projekt Jugendfeuerwehr mitmachen, in den Stützpunktzug eintreten, damit der Sollbestand wie-

der hergestellt werden kann. Wir wollten Näheres über eine eventuelle Anschaffung einer Autodrehleiter (ADL) wissen und erhielten die Antwort, der Kauf einer ADL wäre zu teuer, und im Grossraum Bern seien zu viele solche Fahrzeuge vorhanden. Eventuell werde eine ADL der Stadt Bern in Köniz stationiert, die auch im Westen der Stadt Bern eingesetzt werden könnte; Abklärungen mit der Berufsfeuerwehr Bern seien im Gang. Auch mit anderen Gemeinden wird diskutiert, zum Beispiel darüber, ob gemeinsam eine Wärmebildkamera angeschafft werden soll. Die Gebäudeversicherung lancierte das Projekt EKAS-Richtlinien, Brandschutz- und Evakuationskonzept von Schulhäusern, Dancings und Restaurants. Uns interessierte, ob dieses Projekt für alle möglich ist und ob es für Betriebe finanziell tragbar sei. Die Zusammenarbeit mit den Schulen sei sehr gut, der finanzielle Aufwand sei jedoch relativ hoch, vor allem wenn Fluchtwege gebaut werden müssen. Schwierig ist die Realisierung des Projektes auch deshalb, weil die Anforderungen immer wieder ändern. Uns wurde versichert, dass bei einem Grossbrand - dank Zusammenarbeitsverträgen mit Nachbargemeinden - immer genug Personal auf dem Schadenplatz anwesend sein werde.

Katastrophenorganisation: Uns interessierte, was bei einer eventuellen Verseuchung der gesamten Wasserversorgung passieren würde. Weil vom Netz her gewisse Bereiche umgeleitet werden können, sei eine Verseuchung im ganzen Gemeindegebiet unmöglich. Dieses Thema sei vom Katastrophenführungsstab an einer Schulung in Schwarzenburg diskutiert worden, und dazu sei eine Lösung ausgearbeitet worden.

RAZ: Der Dienstzweig Zivilschutz wurde von der Feuerwehrzentrale an der Sägestrasse ins Ausbildungszentrum Platten ausgelagert. Eine Zivilschutzorganisation in der ganzen Region Köniz wird angestrebt. Köniz ist Trärgemeinde des RAZ, und andere Gemeinden haben sich eingekauft. Zur Zeit werden Gespräche mit der Stadt Bern über eine allfällige Zusammenlegung der beiden Zivilschutzorganisationen geführt.

Zum Abschluss danke ich der Direktion Bevölkerungsschutz und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke zuerst allen Feuerwehrleuten für ihren grossen Einsatz für die Gemeinde Köniz. Ich stelle die Frage, wie sich die Quotenregelung bei der Feuerwehr bewährt hat.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich antworte für Frau Gemeinderätin Sommaruga und erkläre, dass die Gemeinde Köniz keine Quotenregelung hat, aber viele an der Feuerwehr interessierte Frauen. Die Zusammenarbeit mit ihnen klappe sehr gut.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe direkt von Feuerwehrleuten gehört, es gebe eine Quotenregelung. Ist dem wirklich nicht so?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Nein.

Köniz in Zahlen

Herr Beat Deuber (SP): Ich habe Fragen und Bemerkungen zur Abteilung Umweltschutz, Seiten 41 und 42: In Medien und in der Fachpresse wird in letzter Zeit sehr viel über Feinstaub (pm10 und pm 2,5) geschrieben. Ich frage, ob in der Gemeinde Köniz Messungen der Feinstaubpartikel vorgenommen werden. Auf Seite 41 ist ersichtlich, dass vor allem die Dieselfusse des öffentlichen Verkehrs auf der Schwarzenburgstrasse wesentlich zur Stickoxidbelastung beitragen. Da die Ursache bekannt ist, möchte ich wissen, ob mittelfristig eine Entlastung, z.B. durch Umrüstung auf Trolleybusse, vorgesehen ist. Zu Seite 42 - NO₂-Jahresmittelwerte - habe ich folgende Bemerkung: An der Seftigen- und insbesondere an der Schwarzenburgstrasse wird der Grenzwert dauernd überschritten. Deshalb verstehe ich die Aussage, dass die NO₂-Grenzwerte im Jahresmittel auch an den Hauptverkehrsachsen eingehalten werden, nicht. Ich bringe noch eine - bereits gemachte - Anregung an: Die Bevölkerung - insbesondere die Autofahrenden - müssen für diese Thematik sensibilisiert werden. Dies könnte mit einer Anzeigetafel der Ozonbelastung, wie in Ittigen, realisiert werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Richtig wurde erkannt, dass in der Gemeinde Köniz bis anhin keine Feinstaubmessungen durchgeführt werden, aber wir prüfen, solche eventuell künftig vorzunehmen. Zur Situation der NO₂-Jahresmittelwerte: Tatsächlich ist augenfällig, dass die höchsten Werte an der Schwarzenburgstrasse im Zentrum von Köniz gemessen werden, was sehr ursächlich damit zu tun hat, dass der öV mit Dieselfussen bestritten wird.

Eine Umstellung auf Trolleybusse steht überhaupt nicht zur Diskussion, wir diskutieren andere Themen im Rahmen der Mobilitätsstrategie; Entscheide sind jedoch noch in weiter Ferne. Massnahmen gegen eine regelmässige Überschreitung der NO₂-Werte sind schwierig zu fassen, und ob ein Ozonmeter gemäss Vorbild Ittigen wesentlichen Einfluss darauf hätte, wage ich zu bezweifeln. Wir konnten seit der Fahrplanänderung (Halbstundentakt) im Dezember 2004 auf der Linie Bern - Schwarzenburg eine Fahrgastzunahme von 12 Prozent feststellen, und wenn diese Pendler vorher mit dem Auto nach Bern gefahren sind, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Urs Maibach (GB): Einmal mehr komme ich auf das Thema zurück, das ich bereits letztes Jahr angesprochen habe, Seite 72 Ortspolizei, Geschwindigkeitskontrollen. Nach wie vor ist mir dieses Thema ein sehr grosses Anliegen. Ich danke der Polizeiabteilung für die sehr gute Auflistung der durchgeführten Kontrollen und die Berücksichtigung meiner im letzten Jahr ausgesprochenen Wünsche. Nun ist ersichtlich, dass die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h von 22 Prozent der Autofahrenden überschritten wird, im Gegensatz zur Höchstgeschwindigkeit 60 km/h, wo nur 4 Prozent das Tempolimit überschreiten. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die tiefen Höchstgeschwindigkeiten zu wenig kontrolliert werden. Nach meiner Meinung muss bei Feststellung von hohen Tempolimitüberschreitungen nachkontrolliert werden, ich weise auf die Zeile Eichholzstrasse hin, wo 34 Prozent der Autofahrenden die Höchstgeschwindigkeit überschritten haben, d.h. jeder Dritte fuhr zu schnell, doch wurde nur ein einziges Mal kontrolliert! Auf der Mengestorfstrasse (Höchstgeschwindigkeit 40 km/h) sind sage und schreibe 66,7 Prozent Tempoüberschreitungen festzustellen, d.h. von drei Autofahrenden sind zwei zu schnell. Ich verstehe nicht, dass eine Kontrolle pro Jahr genug sein soll und plädiere dafür, die Kontrollen bei den Höchstgeschwindigkeiten 30 und 40 km/h zu intensivieren, weil dort prozentual die höchsten Tempoüberschreitungen zu verzeichnen sind. Betrachte ich die Gesamtunfallzahlen (Seite 74 Verkehrsunfälle nach Unfallart) ist ersichtlich, dass die Gesamtzahl der Unfälle innerorts abnimmt, Fussgängerunfälle jedoch von 8 auf 14 zugenommen haben. Diese Tatsache ist für mich vor allem der Grund dafür, das Intensivieren der Geschwindigkeitskontrollen zu fordern.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke dir für die Würdigung unserer Verbesserungen bei der Auflistung der Geschwindigkeitskontrollen in Köniz in Zahlen. Ich versichere dir, auch der Polizeiabteilung ist es ein sehr grosses Anliegen, dass keine Unfälle mehr passieren. Wir führen so viele Kontrollen durch, wie es mit unserem knappen Personalbestand nur möglich ist. Die Gemeindepolizei nahm an der Mengestorfstrasse nur eine Kontrolle vor, aber die Kantonspolizei war sechs Mal vor Ort; und gerade die Mengestorfstrasse fassen wir für das Aufstellen eines Blechpolizisten ins Auge. Wir tun das im Rahmen unserer personellen Ressourcen Möglichste für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer.

Die Parlamentspräsidentin: Vom Stellenverzeichnis kann nur Kenntnis genommen werden, Fragen dazu sind jedoch erlaubt.

Zum ersten Mal wurden heute die Gemeinderechnung, ein Zwischenbericht über die Rechnung 2005 und der Verwaltungsbericht an der gleichen Sitzung behandelt. Das gibt ein abgerundetes Bild über den Zustand der Gemeinde Köniz.

Einstimmig (Ziffer 1) bzw. mit grossem Mehr (Ziffer 2, Kenntnisnahme zustimmend) fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Der Verwaltungsbericht über das Jahr 2004 wird genehmigt.

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Stellenverzeichnis per 31. Dezember 2004.

4. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0517 Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp
Familienergänzende Kinderbetreuung.

0518 Motion jfk betr. ganzheitliches Marketing der Gemeinde Köniz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich teile mit, dass die Polizeiabteilung ab 30. Juni 2005 am neuen Standort an der Sägestrasse 42 untergebracht ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich teile euch mit, dass ich nichts zu sagen habe... Anlässlich der letzten Sitzung entstand eine Kontroverse um die Frage, ob eine Motion, zu welcher der Gemeinderat keinen Abschreibungsantrag gestellt hat, vom Parlament abgeschrieben werden kann. Der Rechtsdienst klärte ab und informierte den Gemeinderat. Der Gemeinderat ist noch nicht einstimmig vom Ergebnis überzeugt, und deshalb werde ich dieses Thema noch mit unserer Gemeindeschreiberin besprechen, welche gerade erst aus einem längeren Urlaub zurückgekehrt ist. Das Ergebnis werde ich euch an der nächsten Parlaments-sitzung präsentieren.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke Ueli Studer für die Kurse, welche er für verhaltens-auffällige Kinder durchführen lässt. Das ist eine Supersache, denn junge Personen ausbilden und fördern ist immer besser, als sie von der Schule zu verweisen.

Luc Mentha, du hast erklärt, Gemeindemarketing sei keine so dringende Sache; ich zeige dir hier, dass andere Städte dies ganz anders sehen: Die Stadt Grenchen sucht per Inserat eine für das Marketing verantwortliche Person, wir stehen also in einem Konkurrenzkampf.

Ich komme auf unsere Kandelaberaktion zu sprechen: Im Jahr 2001 reichte die jfk ein Gesuch ein, Plakate an Kandelabern anzubringen, das bewilligt wurde. Wir sind nun frustriert über das jüngste Vorgehen der Gemeinde, denn für uns ist dies staatlich organisierter Ideenraub. Wenn jemand eine Idee hat, soll er ein Gesuch dafür einreichen und die Gemeinde darüber entscheiden lassen. Wir teilen die Strasse gerne mit anderen Parteien, denn wir können unsere Idee nicht patentieren lassen. Ich verstehe jedoch nicht, dass die Gemeinde von selber aktiv wird und alle Parteien wegen Kandelaberaktionen anschreibt. Uns befremdet auch sehr, dass die Wahlplakate durch Mitarbeitende der Gemeinde an den Kandelabern befestigt werden sollen, denn für eine kleine Partei wie die unsere sind Kosten in der Höhe von 50 Franken pro Kandelaber nicht finanzierbar. Wir kennen die geltenden Rechte, und ich gebe bekannt, dass wir dieselbe Vorgehensweise wie vor vier Jahren haben möchten. Mir ist wichtig, dass alle Parteien unsere Stellungnahme gehört haben. Wir werden am vorgesehenen Gespräch teilnehmen und Details besprechen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich werde das Inserat der Stadt Grenchen aufmerksam lesen, bin aber der Meinung, die Politik einer Gemeinde solle an ihrer Wirkung und an Ergebnissen gemessen werden und nicht daran, ob sie Gemeindemarketing mit Hochglanzprospekten usw. betreibt. Ich erlaube mir den Hinweis auf das Rating der IDHEAP Lausanne, das aufzeigt, dass die Gemeinde Köniz die attraktivste Gemeinde im Kanton Bern ist, Grenchen jedoch die unattraktivste der ganzen Schweiz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich habe Verständnis dafür, dass du über den Entscheid betreffend Kandelaberaktion unglücklich bist. Der Gemeinderat ist der Meinung, im Wahlkampf sollten alle gleich lange Spiesse haben. Wenn öffentliche Strassen oder Kandelaber für die Werbung zur Verfügung gestellt werden, muss diese Möglichkeit für alle Parteien offen sein. Aus diesem Grund wurden alle Parteien informiert. Wir haben nun zu einer Koordinationssitzung eingeladen, an welcher die anstehenden Fragen besprochen werden können.

Herr Urs Maibach (GB): An der letzten Sitzung wurde uns eine Antwort auf die Frage versprochen, wie es mit der Einstellung des Abendbetriebes auf der Buslinie 16 weiter geht. Falls sie vorhanden ist, hätte ich gerne eine Antwort auf diese Frage.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Der Gemeinderat hat an seiner letzten Sitzung eine Antwort auf die verschiedenen offenen Anfragen, Briefe und Petitionen in dieser Angelegenheit verabschiedet. Im Verlaufe dieser Woche werden die Eingebenden schriftlich informiert. Bevor

diese die Antwort erhalten haben, möchte ich nichts dazu sagen.

Die Parlamentspräsidentin: Weil die Parlamentssekretärin während des ganzen Monats Juli in den Ferien weilen wird, erfolgt der Aktenversand für die August-Sitzung nicht wie vorgesehen in der letzten Juli-, sondern erst in der ersten Augustwoche. Für die Sitzung vom 22. August sind keine weltbewegenden Geschäfte vorgesehen. Nach meiner Meinung kann deshalb der leicht verspätete Aktenversand in Kauf genommen werden.

Anlass mit dem Bieler Stadtrat: Ihr habt eine Liste mit den Details auf den Pulten vorgefunden. Bei allfälligen Unklarheiten bitte ich euch um direkte Rückfrage bei mir. Ich hoffe, wir sehen uns am 19. August erholt beim Fussballmatch und am 22. August zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Schluss der Sitzung 21.10 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher